

**Rede  
des Abgeordneten**

**Michael Höntsch, MdL**

zu TOP Nr. 22

**Haushaltsberatungen 2016 – Haushaltsschwerpunkt  
Inneres und Sport**

während der Plenarsitzung vom 15.12.2015  
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Verehrter Herr Landtagspräsident, liebe Kolleginnen , liebe Kollegen!

Opfer ist ein hartes Wort. In einigen Jugendkulturen war Opfer in den vergangenen Jahren über den üblichen Sprachgebrauch hinaus offensichtlich beliebt. Aber auch unser Verhältnis zu Opfern ist schwierig: Wir reden sehr häufig über rechte Täter und viel zu selten über Opfer rechter Gewalt.

Wer wird Opfer? Wie viele Opfer rechter Gewalt gibt es. Das ist, wie die meisten hier im Raum wissen, hoch umstritten. Die Amadeu Antonio Stiftung geht davon aus dass es seit 1990 in Deutschland mindestens 184 Morde aus rechtsextremen Motiven gab.

Nach dem Debakel um die Terroristinnen und Terroristen des sogenannten NSU hat das BKA alle ungeklärten Tötungen erneut untersucht. Ergebnis: Es liegen „in insgesamt 746 Fällen mit 849 Todesopfern zwischen 1990 und 2011 Anfangsverdachtsmomente für ein rechtsextremes Tatmotiv vor (..)“ 184 rechte Morde in 25 Jahren – in 849 Fällen kann man es wohl nicht ausschließen.

Zur Erinnerung: Sind wir alle da, sind wir mit 137 Abgeordneten viel weniger. Nazis haben seit der Wiedervereinigung mehr Menschen getötet, als heute in diesem Raum sind.

Aber das ist nur die brutale Spitze des Eisbergs. Gewalt gegen Menschen ist keine Frage von tausenden Fällen seit der Wiedervereinigung, sondern von hunderttausenden Fällen. Und von hunderttausenden Opfern.

Opfer rechtsextremer Gewalt zu sein, ist eine besonders prekäre Lage. Opfer von Gewalt müssen neben den körperlichen Schäden auch damit kämpfen, dass sie Angst vor Fortsetzung und Eskalation bzw. der Unabwendbarkeit der Gewalt haben. Was soll ein Asylbewerber tun, wenn er auf dem täglichen Weg in den Supermarkt angegriffen wird? Was sollen Schüler machen, die aus rassistischen Gründen von Mitschülern gemobbt oder angegriffen werden?

Unsere Antwort ist eindeutig: Der Rechtsstaat soll sie schützen.

Ich erlebe in Gesprächen mit Initiativen und Opfern jedoch immer wieder eine These: Der Rechtsstaat schafft es nicht. Agieren erst einmal Gruppen von Täterinnen und Tätern, ist es oft die örtliche Polizistin oder der örtliche Polizist mit dem Rat: Gehen sie den Täterinnen und Tätern doch aus dem Weg. Provozieren sie es nicht. In diesen mir geschilderten Fällen steckt so viel Erschreckendes drin, aber auch so viel Erkenntnis.

1. Polizei kann nicht überall sein. Und eine, zwei oder drei Anzeigen führen nicht dazu, dass Täterinnen verschwinden oder aufhören. Das gilt übrigens auch für Verurteilungen. Polizei und Justiz geraten hier schnell an Grenzen.

2. „Aus dem Weg gehen“ bedeutet, dass am Ende denen die öffentliche Bühne gehört, die Gewalt ausüben. Das darf nicht sein, denn es verschlimmert die Folgen für Opfer und verändert unsere Gesellschaft nachhaltig.

3. Und mein Lieblingsargument „Provozieren sie es nicht!“ – wie provoziert man eigentlich Gewalt, sieht man mal von wüsten Beleidigungen des Gegenübers, seiner Sexualität oder seiner Mutter ab.

Beleidigungen kann man sein lassen, ein Fußballtrikot nur zuhause tragen. Schwieriger schon, wenn einem das Anderssein angesehen wird. Oder wenn man ein demokratisches Recht nutzt. Eine Demo bei mir zu Hause im Wohnzimmer gegen NPD oder AfD macht halt nur begrenzt Sinn. Aber bei der An- und Abreise zu Demonstrationen gegen Menschenfeinde werden junge Demokratinnen und Demokraten regelmäßig Opfer von Gewalt.

Ich will keine Gesellschaft, in dem das Ausweichen potenzieller Opfer faktischer Teil einer staatlichen Strategie ist.

4. Oft gibt es Probleme, rechtsextreme Taten als solche zu benennen und dadurch auch auf diese Taten angemessen einzugehen. Am 4. Oktober wurde in Altena in einer bewohnten Asylunterkunft mittels Brandbeschleuniger ein Feuer gelegt. Die beiden mutmaßlichen Täter kappten zudem die Telefonleitung und die Leitungen der Brandmeldeanlage des Hauses. Glücklicherweise konnte der Schwelbrand rechtzeitig durch aufmerksame Nachbarn entdeckt werden. Die Täter sind relativ zügig ermittelt worden. Gehandelt hätten sie aus „Angst vor

den Flüchtlingen in dem Haus“ – in dem Haus waren übrigens sieben Syrerinnen und Syrer untergebracht. Der mutmaßliche Haupttäter teilte bei Facebook fleißig HOGESA-Mitteilungen.

Das alles führte dazu, dass der zuständige Staatsanwalt nicht von einer rechtsextremen oder fremdenfeindlichen Tat ausging. Die Tat sei aus der persönlichen Angst der Täter und nicht aus politischen Erwägungen geplant und durchgeführt worden.

So etwas darf nicht sein. Hier machen sich Täter zu Opfern.

Eigentlich sagen die Täter: Schaut her, wir sind die Opfer. Hier waren – ich sage nochmal damit es jeder mitbekommt – sieben Syrerinnen und Syrer, da haben sie als aufrechte Deutsche es mit der Angst bekommen und in einer Notwehrsituation denen das Dach über dem Kopf angezündet.

Die Mitläufer von PEGIDA und Co.: Alle fühlen sich als Opfer. Auch die Trolle auf Facebook, in den Kommentaren unter Artikeln oder in unseren Postfächern sind schon selbsternannte Opfer: Opfer der Tatsache, dass man rassistische Beiträge nicht auf seiner Seite duldet oder, dass man sich nicht tagelang mit abstrusem Quatsch wie Chemtrails, Reichsbürger-Nonsense oder allgemeiner Angst vor dem Fremden an sich beschäftigt. Diese ganzen selbsternannten Opfer tun sich nun zusammen, um sich zu wehren. Ich will nicht wissen, wie oft in den nächsten Monaten ernsthaft erwachsene Menschen behaupten, sie hätten sich in einer gefühlten Notwehrlage befunden als sie hetzten, zuschlugen oder anzündeten.

Wer sich auf Facebook oder beim abendlichen Spaziergehen radikalieren lässt, wer dem Vorbestraften Bachmann oder den HOGESA-Nazis hinterherläuft und sich in eine Notwehrlage reinfantasiert und zum Täter wird, der ist auch Teil der rechten Gewalt in diesem Lande. Und muss damit rechnen, entsprechend benannt und bestraft zu werden. Das sind keine Opfer.

Anrede,

Rot-Grün in Niedersachsen hat schon im Koalitionsvertrag festgelegt, sich dieser Entwicklung entgegen zu stellen. Mit dem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, mobiler Opferberatung und der Wiedereinführung der Landeszentrale für politische Bildung werden wir demokratiefeindliche Tendenzen bekämpfen.

Tatsächlichen Opfern von Gewalt muss geholfen werden. Wir wollen mit mobiler Opferberatung dafür sorgen, dass Menschen, die tatsächlich Gewalt erfahren mussten, wieder zurück in ihr Leben finden. Damit sie wieder ohne Angst leben können.

Auch deswegen werde ich diesem Haushalt zustimmen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.